

Newsletter Nummer 1/2016: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Soziales am 23. Februar 2016

Unter anderem mit dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Rhein-Neckar-Kreis, der Fortschreibung der gemeinsamen Sozial- und Teilhabeplanung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung sowie Fördermaßnahmen auf dem sozialen Sektor beschäftigte sich neulich der Ausschuss für Soziales des Kreistags.

Der Ausschuss befasste sich zunächst mit der Übertragung von Haushaltsermächtigungen. Im Zuge der „Sozialen Agenda“ wurde im vergangenen Jahr das Projekt „Soziale Beschäftigung“ eingeführt, das sich an langzeitarbeitslose Personen richtet und für das im Haushaltsplan 2015 im Budget des Sozialamtes eine halbe Million € eingeplant worden war. Weil die auf ein Jahr befristeten Arbeitsverträge aber erst im zweiten Halbjahr 2015 abgeschlossen wurden und in diesem Jahr weitere Beschäftigungsverhältnisse folgen dürften, hat der Ausschuss 428.400 € ins Haushaltsjahr 2016 übertragen.

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm

Das Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis konkretisiert das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm alljährlich in einem Bericht seine Ziele, Planungen und operativen Schwerpunkte. 2016 stehen die Nutzung der Nähe zum Markt und der Marktchancen aller Kunden für eine nachhaltige Integration, das Projekt „Vermittlungsoffensive gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ sowie die Optimierung der Prozess- und Dienstleistungsqualität im Fokus der Arbeit des Jobcenters.

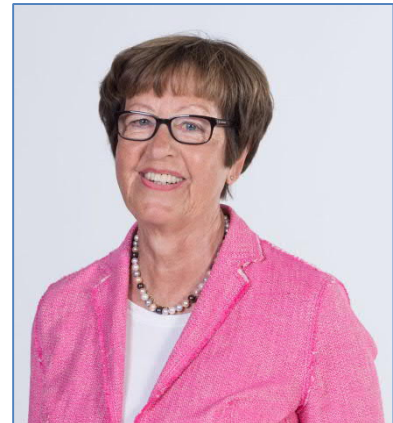
Kreisrätin Christa Ohligmacher dankte Herrn Hölscher vom Jobcenter für die Freien Wähler seinen für den informativen Bericht. Wie in jedem Jahr stünden die Analyse des Arbeitsmarktes vor den Ausführungen zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm. Im Kreis gebe es einen stabilen Arbeitsmarkt mit einer geringen Arbeitslosenquote und einen Anstieg der gemeldeten Arbeitsstellen. Auf dem Ausbildungsmarkt gebe es in einigen Bereichen einen Mangel an Bewerbern. Der regionale Arbeitsmarkt biete jedoch wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für

Geringqualifizierte, daher könne dieser Personenkreis nur bedingt von der gute Arbeitsnachfrage profitieren, so Christa Ohligmacher.

So sei es nicht überraschend, dass durch den Flüchtlingszustrom - den Fachkräften von übermorgen - mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote SGB II gerechnet werden muss. Der deutliche Anstieg der Bedarfsgemeinschaften mit 5 und mehr Personen um 13,5 % falle besonders auf.

Die Ziele des Jobcenters ändern sich nur unwesentlich: die Integration von mehr Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt bleibe als dauerndes Ziel. Dabei helfen verschiedene Maßnahmen wie der soziale Arbeitsmarkt am Landratsamt, neue Projekte und ESF-Programme.

Ziel sei aber nicht nur eine höhere Integrationsquote, sondern eine Verbesserung der Nachhaltigkeit der Integration.



Hier wurde im Ausschuss die Frage gestellt: Wie sieht es nicht nur nach 3 Monaten, sondern nach 6 Monaten aus?

Ziel 2 sei die Verbesserung der Integration von Alleinerziehenden, da mehr als jede 4. leistungsberechtigte Frau alleinerziehend ist. Die Freien Wähler denken, hier sollte die Integrationsquote deutlich verbessert werden. Dieser Personenkreis kann durch fehlende Berufstätigkeit nur geringe Rentenansprüche erwerben und ist somit im Alter erneut auf staatliche Leistungen angewiesen.

Ziel 3 sei die Reduzierung des Langzeitbezuges. Hier handele es sich um einen fast unveränderten Bestand von etwa 10.000 Personen, die meist nur gering qualifiziert oder älter sind oder die verschiedensten Vermittlungshindernisse aufweisen. Der geplante Rückgang des Bestandes von Langzeitbeziehern um 0,5 % ist aus Sicht der Freien Wähler sehr ambitioniert und hoffentlich realistisch.

Eine neue Herausforderung für das Jobcenter werde 2016 die große Zahl der anerkannten Flüchtlinge mit Anspruch auf SGB II Leistungen sein. Dazu werden mehr Personal, mehr Raum und mehr Mittel erforderlich sein. Christa Ohligmacher hoffte, dass die bisherigen Planungen ausreichen. Inzwischen gebe es die verschiedensten Förderprogramme und Maßnahmen von Bund und Land, um die anerkannten Flüchtlinge zügig zu integrieren. Der Bericht über die vorhandenen Ressourcen klinge positiv. Damit ist auch sichergestellt, dass das bisherige Klientel des Jobcenters keine Benachteiligung erfahre.

Sozial- und Teilhabeplanung für behinderte Menschen

In der Arbeitsgemeinschaft „Fördermaßnahmen auf dem sozialen Sektor“ hat der Ausschuss für Soziales über die Anträge der verschiedenen Institutionen beraten und kam zu der einstimmigen Meinung, die Fördersummen um 3 % zu erhöhen. Damit abgedeckt werden allgemeine Preissteigerungen und Tariferhöhungen.

Im Haushalt 2016 wurden 290.00 € für diese freiwilligen Leistungen eingestellt; dieser Betrag ist nicht aufgebraucht worden durch die Erhöhung und deshalb hat der Ausschuss beschlossen, der Aids-Hilfe einmalig 5.000 € zukommen zu lassen, die vorwiegend in Präventivmaßnahmen fließen sollen.



Kreisrätin Gabi Horn stimmte für Fraktion der Freien Wähler dem Vergabevorschlag zu.

Fördermaßnahmen

Anschließend werden Fördermaßnahmen auf dem sozialen Sektor behandelt. Das Fördervolumen beträgt in diesem Jahr 289.855 Euro. Zudem nahmen die Mitglieder des Ausschusses für Soziales Kenntnis von einer Vereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt Heidelberg.

Tätigkeitsbericht der Betreuungsbehörde

Die Betreuungsbehörde ist eine kommunale Dienstleisterin für Personen, die bei Anhaltspunkten für einen betreuungsrechtlichen Bedarf Beratung benötigen, einschließlich Vermittlung anderer betreuungsvermeidender Hilfen. Des Weiteren ist die Betreuungsbehörde Ansprechpartnerin bei allgemeinen Fragen der rechtlichen Vorsorge wie zum Beispiel Vollmachten, Betreuungs- oder Patientenverfügung. Im Rhein-Neckar-Kreis stehen 1,27 Personen pro 1000 Einwohner unter Betreuung und damit etwas mehr als im Landesdurchschnitt (1,13 pro 1000 Einwohner).

Der Grund für die massiv steigende Zahl der Betreuungen sei die Änderung des Betreuungsbehördengesetzes ab Juli 2014 mit neuen zusätzlichen Aufgaben, bezog **Kreisrätin Christa Ohligmacher** für die Freien Wähler Stellung zum Bericht.

Der obligatorische Sozialbericht und eine Beratung vor Bestellung eines Betreuers sowie die Vermittlung von anderen Hilfen sei eine Aufwertung der Betreuungsbehörde. Bei zunehmender Alterung der Gesellschaft sei es richtig, bei der Beratung ein größeres Gewicht auf die Erstellung von Vorsorgevollmachten und ehrenamtlichen Betreuern zu legen. Denn die Zahlen würden weiter steigen.

Die Freien Wähler begrüßen daher die Zusammenarbeit mit den Betreuungsvereinen und die Bildung von örtlichen Arbeitsgemeinschaften. Sie können mithelfen, ehrenamtliche Betreuer zu gewinnen - die Auswahl trifft der Richter - und fortzubilden. Diese Aktivitäten zeigen sich in der hohen Anzahl von ehrenamtlichen Betreuungen im Kreis, die über dem Landesdurchschnitt liegt.

Dieser Mehraufwand könne aber nur mit zusätzlichem Personal gewährleistet werden, so Christa Ohligmacher. Inzwischen wurden weitere Fachkräfte eingestellt. Die Mehrkosten müssen vom Kreis getragen werden, ein finanzieller Ausgleich durch das Land sei leider nicht vorgesehen.

Gut ist der neue Schwerpunkt Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen. In diesem Bereich gebe es viele offene Fragen.

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am

1. März 2016

Mit den Kreisstraßen, einer Übergangstarifregelung im Öffentlichen Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis und der Ertüchtigung der Integrierten Leitstelle mit Anbindung an das Digitalfunknetz befasste sich der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft des Kreistags in seiner letzten Sitzung.

Verkehrstagfahrt

Vor Beginn der Sitzung lud Landrat Stefan Dallinger zur jährlichen Verkehrstagfahrt ein. Erster Stopp war die Besichtigung des neuen Radweges zwischen Neckargemünd und Rainbach. Die Kostenüberschreitung in Höhe von rund 200.000

€ wurde dargelegt. Die Kreisstraßen durch Bammental und Gauangelloch bis zum MLP-Kreisel wurden durchfahren und der schlechte Zustand der Straßen begutachtet und erläutert. Im Rahmen des Substanzerhaltungsprogramms werden diese Straßen erneuert. Die Taumittelsprühanlage auf der Brücke der Nordumgehung Leimen wurde besichtigt, bevor es durch Leimen auf die B3 Richtung Wiesloch ging, um fachlich über die grünpflegerischen Maßnahmen der Straßenmeisterei aufgeklärt zu werden.

Die Verkehrstagfahrt bietet jedes Jahr gute Erkenntnisse für anstehende Entscheidungen.

Kreisrat Eric Grabenbauer bedankte sich in der Sitzung für die Fraktion der Freien Wähler für die interessante Fahrt.



Übertragung von Haushaltsermächtigungen

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft beschäftigten sich zunächst mit der Übertragung von Haushaltsermächtigungen. Circa 298.000 Euro sind es im Budget des Straßenbauamtes. Mit der Übertragung der Haushaltsermächtigungen im Budget „Allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von rund 396.000 Euro soll das Ziel „Verringerung von klimaschädlichen Emissionen, insbesondere des CO₂-Ausstoßes, im Rhein-Neckar-Kreis“ weiter verfolgt werden.

Der Übertragung von Haushaltsermächtigungen in Höhe von 297.900 € für den Straßenbau und 395.695 € für weitere Klimaschutzkonzepte wurde zugestimmt. In der nächsten Sitzung wird die Verwaltung die weiteren Klimaschutzkonzepte vorstellen.

Vollausbau der Kreisstraße 4149

Die Baufreigabe zum Vollausbau der K4149 zwischen Leonie-Wild-Straße in Eppelheim und der Heidelberger Gemarkungsgrenze wurde erteilt.

Die Planungen sollen bis zum Frühjahr 2016 abgeschlossen sein, sodass die Arbeiten vor Ort im Juli dieses Jahres beginnen können.

Die anschließende Heidelberger Kreisstraße 9707 (Stückerweg) wird zu einem späteren Zeitpunkt ausgebaut.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Eric Grabenbauer** bestätigte die Verwaltung, dass die eingestellten Kosten in Höhe von 820.000 € ausreichen.

Radweges zwischen Neckargemünd und Rainbach

Der zuvor besichtigte Radweg Neckargemünd-Rainbach verursacht Mehrkosten in Höhe von 196.000 €. Stromleitungen mussten verlegt werden, da diese nicht in der Lage aufzufinden waren, wie zuvor von den Versorgungsunternehmen mitgeteilt. Dadurch kam es auch zu erheblichen Bauverzögerungen. Den überplanmäßigen Ausgaben wurde zugestimmt.

Insgesamt rund 1,2 Mio. € hat der Radweg den Kreis gekostet und schließt somit eine weitere Lücke des Neckartalradweges. Aufgrund der Vollsperrung der Ortsdurchfahrt Wiesenbach in 2016 kann die Kreisstraße selbst erst zu einem späteren Zeitpunkt saniert werden. „Vor der Schippe ist es dunkler als dahinter“ stellt sich auch bei dieser Baumaßnahme wieder als treffender Ausspruch heraus.

Substanzerhaltungskonzept für die Kreisstraßen

In diesem Jahr steht der letzte Abschnitt des Substanzerhaltungskonzept 2014 bis 2016 auf der Tagesordnung. Hierfür stehen 1,25 Mio. € zur Verfügung. Das diesjährige Deckenprogramm sieht Deckenerneuerungen auf folgenden Straßen vor:

K 4136 Heddesheim – Kreisgrenze Mannheim

K 4161 Gauangelloch – L600 bei Gaiberg

K 4250 Ketsch – Schwetzingen

Oberflächenbehandlungen werden durchgeführt:

K 4101 Dilsberg – Mückenloch

K 4102 Mückenloch – Neckarhäuser Hof

Weiterhin stehen für die Erneuerung von Verkehrssignalanlagen und Fußgängerfurten 160.000 € zur Verfügung.

Den Maßnahmen wurden einstimmig zugestimmt.

Das nun bewährte Straßenerhaltungskonzept soll für die nächsten drei Jahre fortgeschrieben werden. Von den Straßenmeistereien wurden wieder sämtliche Kreisstraßen einzeln begutachtet und beurteilt. Es werden wieder jährlich 1,25 Mio. € benötigt, um den Instandhaltungsrückstau der Kreisstraßen in den nächsten drei Jahren aufzulösen.

20 Maßnahmen wurden dem Ausschuss umfangreich begründet und erhielten einstimmig Zustimmung.

Die Maßnahmenliste für die nächsten drei Jahre ist im Ratsinfosystem des Kreistags veröffentlicht worden:

https://ratsinformation.rhein-neckar-kreis.de/sdnet/vorgang/?__=LfylfvCWq8SpBQj0MjyGawlWr8Uv5Ui3Mi5GJ

Übergangstarifregelung VRN / KVV

Vom Sachstandsbericht zum Übergangstarif vom VRN zum Karlsruher Verkehrsverbund (AboPlus) sowie dem erforderlichen Zuschussbedarf für den Rhein-Neckar-Kreis wurde Kenntnis genommen.

Dem Neuantrag der Stadt Eberbach auf Angebotsverbesserung auf der Linie 822 zwischen Eberbach-Pleutersbach und dem Bahnhof Eberbach durch eine zusätzliche Fahrt in den Morgenstunden und einem Kostenaufwand für den Kreis in Höhe von 3.870 € wurde zugestimmt.

Haushalt 2016

Der Haushaltsplan 2016 des Rhein-Neckar-Kreises steht inzwischen auf der Homepage zum Download bereit:

<http://www.rhein-neckar-kreis.de/Lde/Startseite/Landratsamt/Finanzen.html>

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>